



- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Aktuelle Meldung

Gemeinsam die Herausforderungen im kommenden Schuljahr bewältigen

08.09.2022

Kultusministerin Theresa Schopper: „Die Herausforderungen werden im kommenden Schuljahr nicht kleiner. Wir stellen uns diesen Herausforderungen und wollen sie gemeinsam bewältigen.“



smolaw11 - stock.adobe.com

Mit dem Schuljahr 2022/2023 steht ein Schuljahr in den Startlöchern, das einige Herausforderungen bereithält. Trotz der Corona-Pandemie und den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs soll das Schul- und Kitajahr aber eines werden, das den Kindern und Jugendlichen so viel Normalität wie möglich bietet. „Für mich steht über allem, dass wir Schulschließungen – aus welchen Gründen auch immer – um jeden Preis verhindern“, sagt Kultusministerin Theresa Schopper. Die vorherigen Jahre hätten bei den Kindern und Jugendlichen Spuren hinterlassen, an denen man auch mit dem Aufhol-programm „Lernen mit Rückenwind“ arbeite. Dennoch sei klar geworden, wie wichtig der Präsenzunterricht ist. Mit der Corona-Pandemie und den zusätzlichen Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine wird das bevorstehende Schuljahr nicht einfach. „Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind zwar deutlich geringer als in den vorherigen Jahren, aber trotzdem fehlen uns noch Lehrkräfte in der Unterrichtsversorgung, weil sie zu Risikogruppen gehören oder im Verlaufe des Schuljahres schwanger werden. Hinzu kommt, dass wir mit einem deutlichen Anstieg der Schülerinnen und Schüler rechnen müssen, die aus der Ukraine oder aus anderen Ländern geflüchtet sind“, sagt Kultusministerin Theresa Schopper. Sie fügt hinzu: „Den Schulen ist es im vergangenen Jahr in bemerkenswerter Weise gelungen, mehr als 20.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Vor dieser Leistung habe ich großen Respekt und möchte auch darauf hinweisen, dass das alles andere als selbstverständlich ist. Die Herausforderungen werden in diesem Schuljahr aber leider nicht geringer ausfallen. Wir stellen uns diesen Herausforderungen und wollen sie gemeinsam meistern.“

Geflüchtete Schülerinnen und Schüler

Die zusätzlichen geflüchteten Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine, aber auch aus anderen Ländern, wirken sich auf die Unterrichtsversorgung aus. Vor den Ferien sind etwa 20.500 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine an den Schulen

angekommen. Über die Sommerferien hinweg stand das Kultusministerium in kontinuierlichem Austausch mit der Schulverwaltung, hat sich im Rahmen der Taskforce der Kultusministerkonferenz mit den anderen Bundesländern ausgetauscht und stand mit den anderen Ministerien zu den Geflüchteten im Austausch. Die Meldezahlen der Behörden und der Verlauf des Schulstarts in den anderen Bundesländern lassen dabei vermuten, dass mit weiteren zusätzlichen Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine gerechnet werden muss. Es muss aber auch mit Schülerinnen und Schülern aus anderen Ländern gerechnet werden, von denen eine stärkere Fluchtbewegung zu verzeichnen ist. In Baden-Württemberg haben nun Erstaufnahmeeinrichtungen ihre Kapazitätsgrenzen überschritten, auch zahlreiche Kommunen haben Schwierigkeiten, weitere Geflüchtete aufzunehmen.

„Wir müssen davon ausgehen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die an unsere Schulen kommen, noch einmal deutlich zunehmen wird und dass wir an manchen Orten an die Kapazitätsgrenzen auch an den Schulen kommen“, sagt Kultusministerin Schopper. Sie rechnet aktuell sogar mit noch mehr als den bisher geschätzten 30.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern. Das Land hat erste Vorkehrungen dafür getroffen, um die Geflüchteten beschulen zu können. Über die im Haushalt bisher mit kw-Vermerk versehenen 1.165 Stellen hinaus stellt die Landesregierung allein für 2022 insgesamt 24,2 Millionen Euro bereit. Die Regierungspräsidien haben bereits in den Sommerferien Verträge für das kommende Schuljahr abgeschlossen. Auf www.lehrer-online-bw.de haben für das kommende Schuljahr insgesamt bereits mehr als 2.600 Personen die Bereitschaft zur Unterstützung signalisiert. Die bisher für die Beschulung Geflüchteter möglichen bis zu 1.165 Stellen werden auch im kommenden Haushalt zur Verfügung stehen. Ein großer Teil davon war bereits vor Beginn des Angriffskriegs in der Ukraine an den Schulen im Einsatz.

Trotz der bisherigen Maßnahmen und Anstrengungen ist es möglich, dass nicht in allen Regionen ausreichend Personen gefunden werden, welche die Beschulung übernehmen können. Für derartige Situationen ist das Kultusministerium mit der Schulverwaltung in engem und permanentem Austausch, um weitere Schritte abzusprechen. „In der aktuellen Situation geht es darum, Flexibilität und Pragmatismus zu zeigen. Dazu möchte ich alle Beteiligten ermuntern. Es gilt in dieser Ausnahmesituation, Lösungen zu finden, die den Schülerinnen und Schülern gerecht werden“, sagt die Kultusministerin. Sie versichert: „Dafür haben Sie die volle Rückendeckung von mir.“

Regelungen zum Umgang mit der Corona-Pandemie

Vor dem Schuljahresbeginn hat das Kultusministerium die Schulen auch über den Umgang mit der Corona-Pandemie informiert. Gegenüber dem vergangenen Schuljahr, in dem bereits Schulschließungen erfolgreich verhindert werden konnten, hat sich die Situation in Bezug auf den Immunschutz verbessert. Lag die Impfquote bei den Zwölf- bis 17-jährigen zum Schuljahresbeginn im vergangenen Jahr bei 26,8 Prozent, sind mittlerweile zwei Drittel der Altersgruppe geimpft. Bei den Fünf- bis Elfjährigen hatte im vergangenen Jahr noch gar keine Impfung stattgefunden. Seit dem Mai 2022 liegt eine generelle Impfpflicht der Stiko vor, die Quote der vollständig Geimpften liegt aktuell bei 19,7 Prozent. Hinzu kommt, dass bei den über 18-jährigen die Impfquote bei fast 85 Prozent liegt und durch die hohe Anzahl an durchgemachten SARS-CoV-2-Infektionen ist von einer breiten Basisimmunität auszugehen. „Wir starten das Schuljahr immunologisch also unter ganz anderen Voraussetzungen als im vergangenen Jahr und können hier zuversichtlicher auf das kommende Schuljahr blicken. Der Start erfolgt deswegen nach den bisherigen Vorgaben, also ohne Tests und Masken“, sagt Kultusministerin Schopper. Sie ergänzt: „Ich appelliere aber weiterhin, dass auch Kinder und Jugendliche sich impfen lassen. Denn die Impfungen verhindern nicht nur schwere Verläufe, sondern sie reduzieren auch die Virenlast bei Infizierten.“

An den Maßnahmen, die den Schulen bereits Ende des vergangenen Schuljahres bekannt gegeben wurden, gibt es zum Schuljahresstart damit keine gravierenden Änderungen. Testungen gibt es zum Schutz der besonders vulnerablen Schülerinnen und Schüler weiterhin an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Das bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler und das Personal dort weiterhin zwei Mal pro Woche getestet werden müssen. Um diese Regelungen festzuschreiben wird das Kultusministerium die Corona-Verordnung Schule zum 12. September aktualisieren. Die Schülerinnen und Schüler und das Personal aller Schulen und Schulkindergärten erhalten zudem jeweils vier Antigentests pro Person. Damit können sie sich zu Hause in der „Schnupfensaison“ ab Oktober auf eine Corona-Infektion testen.

Für schwangere Lehrerinnen gilt im kommenden Schuljahr, dass diese in den Klassen 1 und 2 in den Grundschulen sowie in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) mit dem Bildungsgang Grundschule sowie generell in den SBBZ mit den Förderschwerpunkten geistige sowie körperlich-motorische Entwicklung nicht eingesetzt werden können. Der Einsatz ist in den anderen Klassenstufen auch nur möglich, wenn eine entsprechende Gefährdungsbeurteilung eine unverantwortbare Gefährdung der Schwangeren ausschließt. Diese Lehrerinnen fehlen natürlich in der Unterrichtsversorgung.

Angespannte Situation in der Lehrkräfteversorgung

Um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, hat das Land zahlreiche Anstrengungen unternommen. Zu diesem Schuljahr waren etwa 6.065 Stellen zu besetzen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist die Herausforderung bei der Unterrichtsversorgung dabei größer geworden. Damals hatte das Kultusministerium 5.435 Stellen besetzen müssen. Dabei ist die Schulverwaltung sich der Herausforderung bewusst und sehr aktiv unterwegs. Bereits jetzt sind mehr Stellen besetzt worden, als das im vergangenen Jahr der Fall war: 5.175 Stellen sind besetzt, das sind etwa 400 mehr als zum gleichen Zeitpunkt im vergangenen Schuljahr.

Faktoren für den gestiegenen Bedarf sind dabei die genannten Faktoren wie etwa die nach wie vor bestehenden Einschränkungen für schwangere Lehrerinnen. Hinzu kommen die geflüchteten Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine und anderen Ländern, die einen Mehrbedarf an Lehrkräften auslösen. Zudem greifen demografische Effekte, die dazu führen, dass der Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern ansteigt. Dies betrifft aktuell vor allem die Grundschulen und die SBBZ. Die Schülerinnen und Schüler werden in den kommenden Jahren natürlich auch älter und dann betrifft der Aufwuchs künftig auch die weiterführenden Schulen.

Mehr als 50.000 Neueinstellungen in den vergangenen 10 Jahren

Hinzu kommt, dass auch weiterhin ein hoher Ersatzbedarf besteht. Das bedeutet, Lehrerinnen und Lehrer, die in Pension gehen, müssen ersetzt werden, aber auch der Bedarf durch Elternzeiten und Schwangerschaften hat zugenommen. Bis 2017 musste überwiegend aufgrund von Pensionierungen eingestellt werden, mittlerweile mehr und mehr aus einem eigentlich erfreulichen Grund: Durch Elternzeiten und Schwangerschaften fallen junge Lehrerinnen aber auch Lehrer aus. Seit 2010/2011 hat das Land deshalb mehr als 50.000 junge Lehrkräfte eingestellt. „Damit haben wir quasi unseren halben Personalkörper ausgetauscht und sehr viele junge Menschen eingestellt. Insgesamt bewegen wir uns trotz der schwierigen Situation bei unseren Einstellungen auf einem weiterhin sehr hohen Niveau“, sagt die Kultusministerin. Betrachtet man die Einstellungsstatistiken der vergangenen Jahre, so ist der Anteil der Frauen in diesem Beruf mit über 70 Prozent sehr hoch.

Aus dem Ersatzbedarf durch Schwangerschaften und Elternzeiten ergibt sich auch die Notwendigkeit, befristete Verträge - insbesondere zur Elternzeitvertretung - abzuschließen: Große Teile der so entstehenden Ersatzbedarfe sind nur vorübergehend. Das Land ist als Arbeitgeber auch in der Pflicht, aus der Elternzeit zurückkehrenden Lehrkräften wieder den Einsatz zu ermöglichen. Dafür braucht es Flexibilität, die befristete Verträge verleihen. Soweit ein entsprechender Bedarf vorhanden ist, können befristete Verträge in solchen Fällen auch bis zum Ende der Elternzeit unter Einschluss der Sommerferien geschlossen werden.

Aktuell noch etwa 890 Stellen offen - Zahl wird weiter gesenkt

„Etwa 5.175 Stellen haben wir bis jetzt besetzt, dabei auch 173 Beschäftigungsverhältnisse von befristet angestellten Lehrkräften, die sich in der Schule bewährt haben, entfristet. Etwa 890 Stellen sind aktuell noch offen, das sind mehr als im vergangenen Jahr“, sagt Kultusministerin Schopper, die auf die bereits erwähnten gestiegenen Bedarfe hinweist. Sie betont: „Wir stellen weitere Lehrerinnen und Lehrer noch bis zum 30. September ein, deshalb möchte ich auch darauf aufmerksam machen, dass noch Stellen im Netz veröffentlicht sind, auf die sich Lehrerinnen und Lehrer bewerben können.“ Diese Stellen sind auf www.lobw.de zu finden. Hier werden fortlaufend sowohl unbefristete Einstellungsmöglichkeiten als auch befristete Beschäftigungen als Vertretungskraft ausgeschrieben. Die Ministerin ergänzt: „Was die Lehrkräfteversorgung angeht, wird das kommende Schuljahr herausfordernd. Wir arbeiten weiterhin mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen dagegen an. Dazu gehört auch die Erhöhung der Studienkapazitäten, die insbesondere an den Grundschulen greift.“

So standen im Lehramt Grundschule 2014 insgesamt 1.001 Studienanfängerplätze zur Verfügung und im Jahr 2020, also nach Ende der Regelstudienzeit von 8 Semestern und dem 18-monatigen Vorbereitungsdienst, waren rund 880 Bewerberinnen und Bewerber für die Einstellung an den Schulen bereit. 2016 standen 1.171 Studienanfängerplätze zur Verfügung, im korrespondierenden Einstellungsjahr 2022 gab es rund 1.030 Bewerberinnen und Bewerber. Ab 2018 standen 1.672 Studienplätze zur Verfügung; entsprechend ist davon auszugehen, dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber künftig ansteigt. „Das zeigt, dass unsere langfristigen Maßnahmen greifen. Die Rendite kommt Stück für Stück. In den kommenden Jahren werden wir von den Studienplatz erhöhungen noch mehr profitieren“, sagt Kultusministerin Schopper.

Regionale Unterschiede

Weiterhin zeigt sich, dass junge Lehrerinnen und Lehrer bestimmte Regionen bevorzugen und es Regionen gibt, in denen Stellen nur schwierig zu besetzen sind. Dazu gehören ländlichere Regionen aber auch der Großraum Stuttgart. Für Regionen mit besonderem Bedarf wurden die Stellen schon sehr früh, nämlich im November des Vorjahres ausgeschrieben.

Damit können sich Lehrkräfte schon vor den abschließenden Prüfungen im Vorbereitungsdienst eine Stelle sichern, womit die Attraktivität dieser Stellen gesteigert wird. Nach wie vor entscheiden sich viele junge Lehrkräfte aber gegen eine feste Stelle in einer der unbeliebteren Regionen und warten stattdessen auf eine Stelle als Krankheitsvertretung oder auch auf eine Stelle im Rahmen der Beschulung der geflüchteten Schülerinnen und Schüler in einer der beliebteren Regionen.

„Heidelberg oder Freiburg sind bestimmt attraktive Städte, von daher kann ich das Interesse daran durchaus verstehen. Allerdings brauchen wir dringend Lehrerinnen und Lehrer in den anderen Regionen. Wir haben in allen Regionen eine Verantwortung für unsere Schülerinnen und Schüler und brauchen in allen Regionen eine gute Unterrichtsversorgung und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer“, sagt Kultusministerin Schopper. Sie appelliert an die aktuell noch suchenden Lehrkräfte, sich auch in Regionen umzusehen, wo es momentan noch offene Stellen gibt. Sie ergänzt: „In Heidelberg oder in Freiburg kommen etwa 150 Bewerbungen auf eine einstellige Zahl von Stellen. In Waldshut haben wir auf etwa 50 Stellen knapp 20 Bewerbungen erhalten und müssen mit unserem Maßnahmenpaket reagieren, um auch dort die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.“

Maßnahmenpaket wichtig zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Dieses Maßnahmenpaket hat das Kultusministerium weiter forciert und erweitert, um die Situation kurzfristig zu verbessern und den Unterricht sicherzustellen. Verstärkt wurde in diesem Jahr der Aufruf, das Teilzeitdeputat zu erhöhen durch einen Brief von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Kultusministerin Theresa Schopper. Dieser Appell hat gefruchtet und mehr Lehrerinnen und Lehrer haben sich dazu entschieden, den Teilzeitumfang aufzustocken. „Ich möchte mich bei allen Lehrerinnen und Lehrern bedanken, die sich dazu entschieden haben, ihr Deputat aufzustocken, und bei allen Pensionärinnen und Pensionären, die in die Bresche springen. Dieses Engagement nach mehreren Jahren in der Schule mit nicht ganz einfachen Rahmenbedingungen ist bemerkenswert und spricht für das Berufsethos der Beteiligten“, sagt Kultusministerin Schopper.

Im Maßnahmenpaket kommen unter anderem die folgenden Maßnahmen zur Anwendung – die Zahlen können Sie ebenfalls der angehängten Tabelle entnehmen:

- 442 Pensionärinnen und Pensionäre helfen in befristeten Verträgen an den Schulen aus.
- 2.973 Lehrerinnen und Lehrer, die in Teilzeit arbeiten, erhöhen unter anderem nach dem Aufruf des Ministerpräsidenten und der Kultusministerin ihre Teilzeitdeputate.
- Zur Sicherstellung des Unterrichts wurden 2.405 Lehrerinnen und Lehrer aus dienstlichen Gründen in benachbarte Regionen abgeordnet oder versetzt.
- 173 Arbeitsverhältnisse von Personen die bisher über mehrere Jahre in befristeten Verträgen angestellt waren, werden entfristet.
- 260 Personen mit Vorerfahrungen aus anderen Berufen steigen über den Direkteinstieg an den beruflichen Schulen ein.

Das Maßnahmenpaket wurde dabei zu diesem Einstellungsjahr um die folgenden Maßnahmen erweitert:

- Lehrkräfte werden an den Gymnasien eingestellt und dann an andere Schularten abgeordnet, um dort die Versorgung sicherzustellen.
- Die Möglichkeiten zum Direkteinstieg werden auf den Einstieg als Fachlehrkraft in der Sonderpädagogik erweitert. Hier sind erste Stellen zum Einstieg ab dem 1. Oktober 2022 veröffentlicht.

Herausfordernde Situation in der Sonderpädagogik

Neben den Grundschulen ist die Versorgung besonders im Bereich der Sonderpädagogik weiterhin angespannt. In der Vergangenheit wurden zu wenig Lehrerinnen und Lehrer in diesem Lehramt ausgebildet, weswegen die Versorgung in der Sonderpädagogik angespannt bleibt. Daher kann es sein, dass es an einzelnen SBBZ zu einer Reduzierung des Unterrichtsangebots kommt. Um dem Mangel langfristig zu begegnen ist neben der Erhöhung der Studienkapazitäten im Jahr 2016 auf 520 Studienanfängerplätze auch im vergangenen Jahr die Einrichtung eines neuen Standorts für das Studium des Lehramts Sonderpädagogik in Freiburg beschlossen worden. Dort werden 175 zusätzliche Studienanfängerplätze ab dem Wintersemester 2023/2024 bereitgestellt. Diese Maßnahmen wirken durch die Studiendauer und den Vorbereitungsdienst jedoch erst mittel- und langfristig. Kurzfristig helfen die genannten Maßnahmen im Paket der Landesregierung. Das heißt, dass an den SBBZ Pensionärinnen und Pensionäre zum Einsatz kommen, dass auf befristete Verträge zurückgegriffen wird und auch dort Teilzeitdeputate erhöht werden. Kurzfristig helfen auch die Lehrgänge zum horizontalen Laufbahnwechsel, um die Unterrichtsversorgung in der Sonderpädagogik sicherzustellen. Fast 250 Lehrerinnen und Lehrer konnten über diese Maßnahme insgesamt bereits für die Sonderpädagogik gewonnen werden.

Versorgung in den Gymnasien und in den Schularten der Sekundarstufe I

Am besten stellt sich die Unterrichtsversorgung weiterhin an den allgemein bildenden Gymnasien dar. Zu Schuljahresbeginn sollten die Gymnasien deshalb in der Regel ausreichend versorgt sein. Allerdings ist insbesondere im Regierungspräsidium Stuttgart die Versorgung in den MINT-Fächern sowie Bildender Kunst angespannt. Aber auch in Mangelregionen blieben Stellen in diesen Fächern unbesetzt. Das bedeutet, dass es im Schuljahresverlauf schwieriger wird, Ausfälle wegen Mutterschutz oder Krankheiten zu kompensieren und insbesondere fachbezogen zu ersetzen. Ebenfalls herausfordernd wird es, weitere Bedarfe für Vorbereitungsklassen für geflüchtete Schülerinnen und Schüler zu realisieren.

In den Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen fällt die Unterrichtsversorgung regional unterschiedlich aus. Betroffen sind hier vor allem die Regierungspräsidien Stuttgart und Freiburg. Aufgrund anhaltend hoher Elternzeitfälle und dem zusätzlichen Bedarf für die Beschulung Geflüchteter haben die Regierungspräsidien zum jetzigen Zeitpunkt schon auf zahlreiche befristete Verträge zurückgreifen müssen, um die Unterrichtsversorgung vor Ort zu sichern. Da der Lehrkräftemarkt angespannt ist und der Bedarf sich erhöht, wird sich die angespannte Versorgung durch weitere Ausfälle eher verschlechtern, da kaum Lehrerinnen und Lehrer als Ersatz zur Verfügung stehen.

Versorgungssituation der beruflichen Schulen zuletzt verbessert

Demgegenüber konnte die Unterrichtsversorgung der beruflichen Schulen in den vergangenen Jahren durch Einstellungen stabilisiert und schrittweise weiter verbessert werden. Sie lag zuletzt nunmehr knapp unter der Vollversorgung. Damit stellt sich die Situation an den beruflichen Schulen so gut wie noch nie in der Vergangenheit dar. Auch in diesem Jahr war die Lehrereinstellung für die beruflichen Schulen gut ausgestattet und ist erfreulich verlaufen. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat auch die Flexibilität der beruflichen Schulen in der Lehrereinstellung. Besonders in den berufsbezogenen Fächern tragen Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger aus der Wirtschaft, die berufsbegleitend pädagogisch qualifiziert werden, wesentlich zur Unterrichtsversorgung bei.

In der Lehrereinstellung 2022 ist es zum Beispiel gelungen, rund 160 wissenschaftliche Lehrkräfte und rund 100 technische Lehrkräfte im Direkteinstieg für den Unterricht an den beruflichen Schulen zu gewinnen. „Das sind sehr gute Werte. Der Direkteinstieg ist für uns doppelt bedeutsam. Denn diese Lehrkräfte stützen nicht nur die Unterrichtsversorgung, sie bringen darüber hinaus auch zusätzliches berufliches Know-how an die Schulen“, sagt die Kultusministerin. Auch an den beruflichen Schulen bleiben jedoch Herausforderungen für die Unterrichtsversorgung. Die Zuwanderung von Geflüchteten betrifft mit zusätzlichen Schülerinnen und Schülern auch die beruflichen Schulen.

Weitere Informationen

In den Anlagen zu dieser Pressemitteilung finden Sie weitere Informationen zur Lehrkräfteeinstellung in diesem Schuljahr. Ebenfalls erhalten Sie einen Überblick mit wichtigen Neuerungen, die im kommenden Schuljahr in Kraft treten.

Tabelle Lehrereinstellung 2022 und 2021 im Vergleich
(jeweils Zwischenstände für Landespressekonferenz)

	Stellen 2021	Bereits besetzte Stellen (01.09.2021)	Stellen 2022	Bereits besetzte Stellen (31.08.2022)	Offene Stellen
Grundschulen WL	1.285	1.135	1.590	1.225	365
Haupt- u. Werkrealschulen, Realschulen, Gemeinschaftsschulen (Sek. I), WL	980	885	1.085	1.030	55
Sonderpädagogik WL	520	515	625	570	55
Fachlehrer für musisch-technische Fächer	375	160	405	130	275
Fachlehrer/Technische Lehrer an SBBZ	175	175	190	190	0
Gymnasien inklusive Einstellungen an Gemeinschaftsschulen	880	845	990	890	100

Berufliche Schulen 1)	1.220	1.095	1.180	1.140	40
Insgesamt	5.435	4.810	6.065	5.175	890

¹⁾ bei den beruflichen Schulen ist eine Steuerungsreserve in Höhe von 100 Stellen enthalten, um standortscharf auf die erwarteten Schwankungen aufgrund der Lage auf dem Ausbildungsmarkt reagieren zu können.

Übersicht über die Wirkung des Maßnahmenpakets gegen Lehrermangel

	Stand 01.09.2021		Stand 31.08.2022	
Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen	34 Personen	32 Deputate	18 Personen	16 Deputate
Gymnasiallehrkräfte an Sekundar-I-Schulen	12 Personen	10 Deputate	2 Personen	1,5 Deputate
Einstellung Gymnasien und berufliche Schulen mit vorübergehender Abordnung in die Sekundarstufe I	--	--	28 Personen	24 Deputate
Pensionäre in befristeten Verträgen	329 Personen	110 Deputate	442 Personen	158 Deputate
„Ein-Fach-Lehrkräfte“ in befristeten Verträgen	99 Personen	51 Deputate	91 Personen	56 Deputate
Sonstige geeignete Personen ohne Zugang zur Laufbahn eines Lehramtes in befristeten Verträgen (z.B: in VKL und VABO)	1.727 Personen	1.103 Deputate	2.267 Personen	1.382 Deputate
Entfristung von Arbeitsverträgen	116 Personen	88 Deputate	173 Personen	135 Deputate
Anträge auf Teilzeiterhöhung (wirksam zwischen dem 1.8. und dem 30.9. - ohne Teilzeiterhöhung nach Beurlaubung/Elternzeit)	2.003 Personen	214 Deputate	2.973 Personen	317 Deputate
Abordnungen und Versetzungen aus dienstlichen Gründen	2.211 Personen	1.136 Deputate	2.405 Personen	1.249 Deputate
Direkteinstieg berufliche Schulen	230 Personen	230 Deputate	260 Personen	260 Deputate

[Anhang Neuerungen im kommenden Schuljahr \(pdf, 391 KB\)](#)

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Kategorie:

[Abteilung 7 Schule](#)